

Klaus Busch

Die Krise der Stahlindustrie und die Politik der Europäischen Gemeinschaft

1. Einleitung

Wie die Stahlindustrie aller kapitalistischen Industrieländer befindet sich auch die EG-Stahlindustrie seit 1975 in einer tiefen Überakkumulationskrise, deren Erscheinungsbild durch die Stagnation von Produktion und Investitionen, unausgelastete Produktionskapazitäten und Massenentlassungen bestimmt wird:

- die Rohstahlerzeugung der Neuner-EG lag 1978 bei 132.6 Mio t und damit immer noch 15 % unter dem Niveau des Vorkrisenjahres 1974 (vgl. Tabelle 1);
- die Produktionskapazitäten der Rohstahlerzeugung waren 1978 in der EG zu nur 66 % ausgelastet gegenüber 87 % im Jahre 1974 (SAEG 1978, 51; EG-Kommission 1979, 64);
- die Investitionen der EGKS-Eisen- und Stahlindustrie beliefen sich 1978 und 1977 auf 2.4 Mrd. Europäische Rechnungseinheiten (ERE), nachdem sie 1976 noch 3.1 und 1975 noch 3.3 Mrd. ERE erreicht hatten (EG-Kommission 1979, 64 f.);
- in der EG-Eisen- und Stahlindustrie waren Ende 1978 107 000 Arbeitskräfte weniger beschäftigt als Ende 1974 (minus 13.5 %), die Zahl der abhängig Beschäftigten sank seit 1974 kontinuierlich und ein Ende dieses Prozesses ist nicht absehbar (SAEG 1978, 11; SAEG 1979, 7) (1).

Dieser Artikel geht drei Fragen nach:

1. Welches sind die spezifischen Ursachen der Stahlkrise in der EG?
2. Wie hat sich das Kräfteverhältnis zwischen den EG-Ländern auf dem Stahlmarkt entwickelt und welche Bedeutung kommt dabei der momentanen Krise zu?
3. Wie ist die seit Beginn der Krise zunehmende interne und externe Marktregulierungspolitik der EG-Kommission im Stahlsektor einzuschätzen? (2)

2. Die Ursachen der Stahlkrise in der Europäischen Gemeinschaft

Die primäre Ursache der Stahlkrise unterscheidet sich nicht von der Ursache der allgemeinen Überakkumulationskrise in Westeuropa. Die Verbindung von tendenziell gesunkener Kapitalproduktivität und zugunsten der Lohnabhängigen verschobener Verteilungsrelation hat in allen EG-Ländern zu einem Verfall der Kapitalrentabilität und folglich zu einer Stagnation der Kapitalakkumulation geführt (Altwater/Hoffmann/Semmler 1979; Busch 1978). Als „Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie“ ist die Eisen- und Stahlindustrie von dieser Krise der Kapitalakkumulation in

Tabelle 1 Weltrohstahlerzeugung in Mio t und in % (c)

	BRD		F		I		NL		B		L		UK	
	Mio t	%	Mio t	%	Mio t	%	Mio t	%	Mio t	%	Mio t	%	Mio t	%
1960	34.1	35	17.3	18	8.5	9	2.0	2	7.2	7	4.1	4	24.7	25
1974	53.2	34	27.0	17	23.8	15	5.8	4	16.2	10	6.4	4	22.4	14
1975	40.4		21.5		21.8		4.8		11.6		4.6		19.8	
1976	42.4		23.2		23.4		5.2		12.1		4.6		22.4	
1977	38.9	31	22.1	18	23.3	19	4.9	4	11.3	9	4.3	3	20.5	16
1978	41.3	31	22.8	17	24.3	18	5.6	4	12.6	10	4.8	4	20.3	15

	EUR (9)		USA		J		SP		BR		RGW		Welt	
	Mio t	%	Mio t	%	Mio t	%	Mio t	%	Mio t	%	Mio t	%	Mio t	%
1960	97.8	29	92	27	22	6	2	1	2	1	88	26	341	100
1974	155.6	22	135	19(+)	117	17	12	2	8	1	188	27	709	100
1975	125.2	19	109	17	102	16	11	2	8	1	196	30	646	100
1976	134.2	20	119	17	107	16(+)	11	1	9	1	201	29	678	100
1977	126.1	19	116	17	102	15	11	2	11	2	206	31	673	100
1978	132.6		127		102		:		:		:		:	

Quelle: a) SAEG: Jahrbuch Eisen und Stahl 1978, Belgien 1978, S. 49, S. 52

b) SAEG: Vierteljahresheft Eisen und Stahl, 2-1979, Belgien 1979, S. 22 f.

c) teilweise eigene Berechnung der Prozentsätze. Die Prozentsätze der EG-Staaten beziehen sich auf EUR (9) = 100, die Prozentsätze von EUR (9) und der Nicht-EG-Länder auf Welt = 100

(+) in SAEG-Quelle offensichtlich falsche Werte, die von mir korrigiert wurden.

: kein Nachweis vorhanden

besonderer Weise betroffen, weil sowohl die rückläufige Investitionstätigkeit als auch die Schwächung des privaten Konsums sich in einem Nachfrageausfall nach Stahlerzeugnissen niederschlagen. Neben dieser allgemeinen Ursache kommen aber in der Krise der Europäischen Stahlindustrie zwei spezifische Momente hinzu: zum einen strukturelle Veränderungen in der Nachfrage nach Stahlprodukten in hochentwickelten kapitalistischen Industrieländern und zum anderen Verschiebungen in der Konkurrenzposition zwischen „alten“ und „jungen“ kapitalistischen Ländern.

Aufgrund des höheren Industrialisierungsniveaus liegt der Rohstahlverbrauch pro Kopf in den entwickelten kapitalistischen Industrieländern absolut höher als in den weniger entwickelten kapitalistischen Ländern. Spezifische sektorale Verschiebungen im Industrialisierungsverlauf bringen es aber mit sich, daß die Wachstumsrate des Stahlverbrauchs pro Kopf mit steigendem Sozialprodukt sinkt. Wenn der Wertschöpfungsanteil des Industriesektors stagniert und der Anteil des Dienstleistungssektors am Sozialprodukt zunimmt, sinkt in der Regel die Wachstumsrate des Rohstahlverbrauchs pro Kopf der Bevölkerung. Diese Tendenz ergibt sich zum einen aus der geringeren „Stahlintensität“ des Dienstleistungssektors gegenüber der verarbeitenden Industrie, zum anderen aber auch aus der geringeren Stahlabsorption der Wachstumsbranchen hochentwickelter Länder (z. B. chemische Industrie, Datenverarbeitung, Mineralölindustrie) gegenüber den tragenden Branchen junger Länder (z. B. Maschinenbau, Bauindustrie, Fahrzeugbau). Mit anderen Worten: mit wachsendem Einkommen sinkt die Einkommenselastizität der Stahlnachfrage (Wolter 1974, 100 ff.).

Für die westeuropäische Stahlindustrie bedeutet dies, daß die heimischen Märkte mit wachsendem Entwicklungsniveau an Expansionskraft verlieren und sich dadurch die Konkurrenz um die Marktanteile verschärft. Gleichzeitig kann diese strukturelle Veränderung der Stahlnachfrage die Tendenz zur Überproduktion verstärken (3).

Als weiterer krisenverschärfender Faktor für die EG-Stahlindustrie ist der wachsende Konkurrenzdruck aus „jungen“ kapitalistischen Ländern zu betrachten. Die Stahlindustrie dieser Länder, zu denen z. B. Japan, Spanien, Griechenland, Republik Süd-Afrika, Taiwan, Brasilien, Argentinien, Mexiko zu rechnen sind, verzeichnet in der Regel ein höheres Wachstum als die Stahlindustrie der klassischen kapitalistischen Industrieländer, weil dort einmal die Kapitalakkumulation generell rascher expandiert und dementsprechend die Zuwachsrate der Stahlnachfrage höher liegt und zum anderen die Einkommenselastizität der Stahlnachfrage entwicklungsbedingt größer ist. Dieses raschere Expansionstempo der Stahlindustrie in jungen kapitalistischen Ländern bringt nun auch eine Verbesserung ihrer internationalen Konkurrenzposition mit sich, weil sich die Ausbreitung des höchsten technologischen Standards in diesen Ländern im Durchschnitt schneller vollzieht als in den alten Industrieländern. Empirische Untersuchungen haben ergeben, daß sich das Oxygenstahlverfahren, die Spitzentechnologie der Rohstahlproduktion (4), in den 60er Jahren in den Ländern am stärksten durchsetzte, die über die höchste Zuwachsrate der Stahlindustrie verfügten (Wolter 1974, 69 ff.) (vgl. Tabelle 2). So steigerte Japan von 1958/60 bis 1969/71 den Anteil des Oxygenverfahrens von 9.1 % auf 78.8 % der

Rohstahlproduktion und Portugal von 0 auf 80 %, während z. B. Frankreich nur einen Zuwachs von 0.2 auf 29.4 % und Großbritannien von 0.5 auf 32.6 % erreichten. Mit 54.2 % in den Jahren 1969/71 belegte die Bundesrepublik eine mittlere Position.

Tabelle 2 Die Stahlproduktion ausgewählter Länder nach Rohstahlproduktionsverfahren 1958/60 bis 1978 in Prozent (+)

	1958/60				1969/71			
	Oxygen- stahl	Elektro- stahl	SM-Stahl	Ande- re (++)	Oxygen- stahl	Elektro- stahl	SM-Stahl	Ande- re (++)
Belgien/ Luxemburg	0.0	4.1	5.8	90.1	47.6	3.0	1.5	47.9
BRD	2.1	6.7	48.8	42.4	54.2	9.7	25.9	10.2
F	0.2	8.6	30.2	61.0	29.4	10.7	18.3	41.6
I	0.0	38.2	56.2	5.6	32.2	40.3	27.5	0.0
NL	26.8	11.2	62.0	0.0	76.2	6.7	17.1	0.0
UK	0.5	6.5	85.9	7.1	32.6	18.7	47.6	1.0
Japan	9.1	19.0	71.9	0.0	78.8	17.0	4.2	0.0
Kanada	20.0	11.2	67.9	0.0	36.7	15.7	47.6	0.0
Österreich	52.4	13.3	34.3	0.0	71.1	11.9	17.0	0.0
Norwegen	0.0	60.0	0.0	40.0	45.2	54.8	0.0	0.0
Portugal	0.0	0.0	0.0	0.0	80.5	19.5	0.0	0.0
Schweden	3.7	32.9	32.9	15.7	34.8	40.9	23.6	0.6
Spanien	0.0	19.7	66.4	13.9	38.8	35.1	25.7	0.5
USA	2.4	8.5	87.7	1.4	46.5	15.8	37.7	0.0

	1973				1978			
	Oxygen- stahl	Elektro- stahl	SM-Stahl	Ande- re (++)	Oxygen- stahl	Elektro- stahl	SM-Stahl	Ande- re (++)
Belgien/ Luxemburg	69.7	2.9	1.2	26.1	96.8	3.2	0.0	0.0
BRD	68.0	10.0	18.0	4.0	75.0	15.0	10.0	0.0
F	52.0	11.0	13.0	25.0	78.0	15.0	2.0	5.0
I	42.0	41.0	17.0	0.0	43.0	51.0	6.0	0.0
NL	92.0	7.0	1.0	0.0	95.0	5.0	0.0	0.0
UK	47.0	20.0	32.0	1.0	56.0	35.0	9.0	0.0

- Quelle: a) Frank Wolter: Strukturelle Anpassungsprobleme der westdeutschen Stahlindustrie, Tübingen 1974, S. 71 für 1958/60 und 1969/71
b) SAEG: Jahrbuch Eisen und Stahl 1978, S. 54 f.
c) SAEG: Vierteljahresheft Eisen und Stahl, 2-1979, S. 24 f.

(+) Summe der Verfahren pro Land = 100
(++) vor allem Thomas- und Bessemer-Verfahren

Das raschere Akkumulationstempo und die überlegene Konkurrenzposition der Stahlindustrie junger kapitalistischer Länder (5) finden ihren Niederschlag in der relativen Position der entsprechenden Länder und Ländergruppen in der Weltrohstahl-erzeugung und im Welthandel mit Stahl (vgl. Tabelle 1 und 3). So sank etwa der Anteil der Neuner-EG an der Weltrohstahlproduktion von 1960 29 % auf 1974 22 % und 1977 19 %, während der Japans von 6 % über 17 % auf 15 % anstieg. Der Anteil Brasiliens und Spaniens verdoppelte sich von jeweils 1 % auf jeweils 2 %.

Tabelle 3 Anteil verschiedener Ländergruppen am Weltstahlexport (a) in Prozent
1960 und 1969

	1960	1969
USA + Kanada	11.2	8.9
EWG	47.6	40.3
EFTA	15.4	12.2
Japan	5.3	15.3
RGW	12.2	13.1
Lateinamerika	0.2	0.7
Asien (b)	0.5	1.3
Sonstige (c)	5.6	6.5
Insgesamt	100	100

Quelle: Frank Wolter, a.a. O., S. 23, eigene Berechnung der Prozentsätze

a) SITC 67,

b) ohne sozialistische Länder

c) überwiegend Republik Südafrika sowie Südeuropa ohne EWG- und EFTA-Länder

In der regionalen Struktur des Welthandels mit Stahl vollzogen sich in den 60er Jahren folgende entscheidende Veränderungen:

Der Anteil der EWG am Weltexport sank von 47.6 % auf 40.3 %, der Japans stieg dagegen von 5.3 % auf 15.3 % an. Die Ländergruppen Asien (ohne sozialistische Länder), Sonstige (vor allem Süd-Afrika und Südeuropa ohne EWG und EFTA) und die RGW-Länder konnten ihre Position jeweils leicht ausbauen.

Zusammenfassend kann über die Ursachen der Stahlkrise in der EG formuliert werden: die Krise der EG-Stahlindustrie ist zwar in erster Linie auf die allgemeine Überakkumulationskrise in den EG-Ländern zurückzuführen, erfährt aber ihre spezifische Ausprägung dadurch, daß entwicklungsbedingte Strukturverschiebungen in der Stahlnachfrage und Strukturveränderungen in der Konkurrenzposition auf dem Weltstahlmarkt zu Lasten der hochentwickelten kapitalistischen Länder verlaufen.

3. Die Entwicklung des Kräfteverhältnisses auf dem EG-Stahlmarkt

Wie sich im Weltmaßstab auf dem Stahlmarkt in den 60er und 70er Jahren eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses zuungunsten der höher entwickelten Länder vollzogen hat, ist auch im EG-Raum seit 1960 ein Abbau der Vormachtstellung der BRD und Großbritanniens bei einem gleichzeitigen rapiden Aufholen Italiens zu beobachten.

Während der Anteil Großbritanniens an der Rohstahlproduktion der Neuner-EG von 1960 25 % über 1974 14 % auf 1978 15 % sank, die BRD 1960 einen Anteil von 35 %, 1974 von 34 % und 1978 von 31 % realisierte und Frankreichs Anteil stets zwischen 17 und 18 % schwankte, verbesserte Italien seine Position kontinuierlich von 1960 9 % über 1974 15 % auf 1978 18 % (vgl. Tabelle 1).

Bemerkenswerterweise ist diese Tendenz auch im Bereich der Walzstahlproduktion, der ersten Verarbeitungsstufe von Rohstahl, festzustellen. Hier sank der Anteil der BRD an der Produktion der Sechser-EG von 1960 44 % auf 1977 36 % und der Frankreichs von 25 % auf 1977 22 %, während Italiens Anteil sich von 1960 12 % auf 1977 23 % fast verdoppelte (vgl. Tabelle 4)

Die in den 60er Jahren im EG-Vergleich überdurchschnittliche Kapitalakkumulation (Busch 1978, 98 ff.) und eine entwicklungsbedingt überdurchschnittliche Einkommenselastizität der Stahlnachfrage ermöglichten *Italien* diese rasche Expansion der Stahlindustrie. Hinzu kommt, daß Italien sich auch den oben beschriebenen technologischen Faktor zu eigen machen konnte, der seine Wettbewerbsposition auf dem Weltstahlmarkt verbesserte. Wie Tabelle 2 verdeutlicht, verfügte Italien in den 60er Jahren über einen relativ höheren Anteil der Spitzentechnologien an der Rohstahlproduktion als die BRD, Frankreich, Belgien-Luxemburg und Großbritannien.

Die Konkurrenzposition der *französischen Stahlindustrie* war in den 60er Jahren, aber auch noch zu Beginn der 70er Jahre, durch einen technologischen Rückstand gegenüber der übrigen EG-Stahlindustrie gekennzeichnet. Noch 1969/71 produzierte Frankreich wegen seiner phosphathaltigen lothringischen Eisenerze 41 % seiner Rohstahlproduktion im Thomas-Verfahren und nur 40 % im Elektro- bzw. Oxygenverfahren (Wolter 1974, 71). Seit Ende der 60er Jahre unternahm die französische Stahlindustrie mit hoher finanzieller Unterstützung des Staates (Axt 1978, 176 f.) Anstrengungen zur Schließung dieser technologischen Lücke. Bis zum Vorkrisenjahr 1974 wuchs dann auch der Anteil der beiden Spitzentechnologien an der französischen Rohstahlerzeugung deutlich, im EG-Vergleich war dieser Anteil aber immer noch unterdurchschnittlich. Erst in der Krise seit 1975 gelang es Frankreich endgültig, seinen technologischen Rückstand in der Rohstahltechnologie zu eliminieren (6).

Trotz dieses verspäteten Einsatzes moderner Technologien konnte Frankreich seinen Anteil an der EG-Rohstahlerzeugung von 1960 bis 1978 mit jeweils 17 bzw. 18 % kontinuierlich halten. Relative Einbußen erlitt die französische Stahlindustrie wegen ihrer geringeren Wettbewerbsfähigkeit allerdings im EG-Außenhandel mit Stahlprodukten (vgl. Tabelle 5) (7). Ihr Anteil am Stahlexport der EG sank von 1960 21 % auf 1974 16 %. Es ist sicherlich zum großen Teil auf das Schließen der technologischen Lücke im Rohstahlbereich zurückzuführen, daß es Frankreich in der Krise seit 1975 wieder gelang, Terrain im Exportbereich zurückzuerobern: 1978 lag der Anteil der französischen Stahlindustrie am EG-Export wieder bei 19 %.

Die *bundesrepublikanische Stahlindustrie* nahm in den 60er Jahren und zu Beginn der 70er Jahre nach Italien und den Niederlanden in der Rohstahltechnologie eine Position im oberen Drittel der EG-Stahlindustrie ein. Wie Italien und die Niederlande konnte die BRD ihren Anteil am Stahlexport der Neuner-EG erheblich steigern, und zwar von 1960 30 % auf 1974 36 %. Diese Steigerung ist neben dem technologischen Faktor auch darauf zurückzuführen, daß das BRD-Exportkapital bis 1972/73 von der stark unterbewerteten DM profitierte. Die Nachfrage nach Grund- und Halbfabrikatsprodukten wie Rohstahl und Walzstahl ist äußerst preiselastisch, so daß den Währungsparitäten in diesem Sektor eine große Bedeutung für

Tabelle 4 Produktion von Walzstahlerzeugnissen und Halbzeug für Röhren in Mio t und in %: 1960, 1974, 1977 (EG - 6)

	BRD		F		I		NL		B		L		EG - 6	
	Mio t	%	Mio t	%	Mio t	%	Mio t	%	Mio t	%	Mio t	%	Mio t	%
1960	22.4	44	12.9	25	6.2	12	1.4	3	4.9	10	3.0	6	50.8	100
1974	38.9	39	20.6	21	18.4	19	3.9	4	12.1	12	4.5	5	115.5	100
1977	28.8	36	18.0	22	18.8	23	3.4	4	8.6	11	3.2	4	96.1	100

Quelle: SAEG: Jahrbuch Eisen und Stahl 1978; Belgien 1978, S. 66, eigene Berechnung der Prozentsätze

Tabelle 5 Außenhandel der EG-Länder mit Stahlerzeugnissen (+) in Rohstahlgewicht; in Mio t und % (++)

	BRD		F		I		NL		B		L		EG - 6	
	Ex	%	Ex- Im	Ex	%	Ex- Im	Ex	%	Ex- Im	Ex	%	Ex	%	Ex- Im
1960	10.2	30	5.1	7.2	21	3.3	1.5	4	-0.8	1.5	4	1.5	4	-1.3
1974	29.4	36	18.1	13.5	16	2.4	6.2	8	0	6.7	8	6.7	8	0.4
1975	21.4		9.9	11.1		2.4	8.2		3.9	5.1		5.1		0.2
1976	19.9		5.5	11.2		-0.2	8.0		1.4	5.7		5.7		0.5
1977	20.2	29	5.9	13.1	19	2.6	8.8	13	2.2	5.2	8	5.2	8	0.5

	B/L		UK		EUR - 9	
	Ex	%	Ex	%	Ex	%
1960	9.7	29	9.0	4.0	12	2.2
1974	21.4	26	17.4	4.6	6	-0.7
1975	16.2		13.0	4.2		-0.8
1976	16.5		12.2	4.9		-0.6
1977	15.7	23	11.7	5.8	8	0.9

(+) EGKS-Stahl und Nicht-EGKS-Stahl (Binnen- und Drittlandhandel)

(++) Gesamtexport der 9er-EG = 100

Quelle: SAEG: Jahrbuch Eisen und Stahl 1978, Belgien 1978, S. 87, eigene Berechnung der Prozentsätze

die Konkurrenzposition auf dem Weltmarkt zukommt. Dies wird auch an der Entwicklung der Stahllexportposition der EG-Länder seit 1974 deutlich. Der überaus starke Rückgang des Anteils der BRD an den EG-Stahlexporten von 36 % 1974 auf 29 % 1978 kann nicht nur auf die Einebnungstendenzen im technologischen Bereich zurückgeführt werden, sondern hängt vor allem mit der starken Aufwertungstendenz der DM zusammen. Umgekehrt profitierte etwa die italienische und die britische Stahlindustrie deutlich von der starken Abwertungstendenz der Lira bzw. des Pfund Sterling; beide Länder konnten in der Krise seit 1975 ihren Anteil am EG-Stahlexport deutlich verbessern. Italiens aufwärtsstrebende Position als Konkurrent auf dem Weltmarkt wurde durch diesen Wechselkursfaktor unterstrichen, während im Falle Großbritanniens eine Trendwende eingeleitet wurde.

In den 60er Jahren litt die Entwicklung der *britischen Stahlindustrie* unter der allgemeinen Stagnationstendenz der britischen Kapitalakkumulation (Busch 1978, 117 ff.). Der daraus resultierende technologische Rückstand und die Überbewertung des Pfund Sterling beeinträchtigten die Wettbewerbsfähigkeit der britischen Stahlindustrie auf dem Weltmarkt: ihr Anteil am EG-Stahlexport sank von 1960 12 % auf 1974 6 %. Die technologische Einebnungstendenz der Krise seit 1975, die auch für Großbritannien deutlich festzustellen ist (vgl. Tabelle 2), und die Abwertungstendenz des Pfund Sterling in den letzten Jahren kehrten diesen Trend um. Sowohl im Anteil an der EG-Rohstahlproduktion als auch am EG-Stahlexport konnte die britische Stahlindustrie ihre Position wieder verbessern.

Insgesamt ist im Kräfteverhältnis auf dem EG-Stahlmarkt von 1960 bis 1978 eine deutliche Nivellierungstendenz zu beobachten: Länder mit starker Position in der Rohstahlproduktion und im Stahllexport büßten Terrain ein, während Länder mit schwächerem Ausgangsniveau deutlich aufholten. Gleichzeitig wurden die Unterschiede in der Rohstahltechnologie, die in den 60er Jahren zu verzeichnen waren, eingeebnet, wobei die Krise seit 1975 den endgültigen Durchbruch verursachte. Seit der Einebnung dieses technologischen Gefälles spielt die Wechselkurskonstellation für die Entwicklung der Konkurrenzposition auf dem EG-Stahlmarkt eine zunehmende Rolle.

4. Die Politik der Europäischen Gemeinschaft in der Stahlkrise seit 1975

Auf die Überakkumulationskrise reagieren die Stahlkonzerne in der EG mit einer umfassenden Rationalisierungsstrategie. Angesichts der großen Diskrepanz zwischen Produktionskapazitäten und Stahlabsatz werden Produktionsanlagen mit veralteter Technologie (Bessemer-, Thomas- und Siemens-Martin-Verfahren) verstärkt stillgelegt, neue Anlagen nur noch mit dem Oxygen- und Elektroverfahren aufgelegt, die Produktionspalette vermehrt auf Spezialstähle zulasten der Massenstähle umgestellt und gleichzeitig in großem Umfange Massentlassungen in Angriff genommen. In allen EG-Ländern ist der Staat an diesem Restrukturierungsprozeß mehr oder weniger stark beteiligt. Durch staatliche Kredite, Beteiligungen und Bürgschaften wird einerseits das Finanzpolster der verschuldeten Stahlkonzerne aufgebessert bzw.

Fremdkapital abgesichert, andererseits versucht der Staat, durch Überbrückungsbeihilfen und Wiedereingliederungsprogramme für Arbeitskräfte sowie Industrieansiedlungsprogramme für stahlabhängige Regionen die sozialen und regionalen Kosten dieses Prozesses abzufedern.

In der Bundesrepublik Deutschland ist das Sanierungsprogramm für die Stahlindustrie des Saarlandes das deutlichste Beispiel dieser Politik. Die Übernahme der Neunkirchner Eisenwerke AG und der Stahlwerke Röchling-Burbach GmbH durch den Luxemburgischen Konzern ARBED ist mit einem umfassenden Rationalisierungskonzept verbunden, an dem der Staat mit Zuschüssen und Investitionszulagen von 320 Mio DM, Bürgschaften in Höhe von 900 Mio DM und einem Arbeitsbeschaffungsprogramm von 200 Mio DM beteiligt ist (vgl. Esser u.a. 1979).

Weitaus umfangreicher noch ist die Beteiligung des Staates in Frankreich an dem Restrukturierungsprozeß der Stahlindustrie, die mit einer Verschuldungsquote von 115 % bezogen auf ihren Umsatz eine europäische Spitzenposition einnimmt (SZ Nr. 54, 6.3.79). Die drei Konzerne Usinor, Sacilor und Châtillon/Neuves-Maisons sollen unter drei Holdinggesellschaften neustrukturiert werden, wobei die bisherigen Staatskredite in staatliche Beteiligungen an diesen drei Holdings umgewandelt werden. Der französischen Stahlindustrie werden damit Schulden in Höhe von 8 Mrd. DM erlassen. Durch ein Rationalisierungskonzept sollen 1978 und 1979 weitere 20 000 Arbeitskräfte entlassen werden. Der Staat will 1978 aus einem Fonds für industrielle Anpassung vor allem in den betroffenen nordfranzösischen und lothringischen Regionen 1.3 Mrd. DM zur Unterstützung neuer Industrieansiedlungen einsetzen (SZ Nr. 54, 6.3.79; SZ Nr. 218, 23.9.78; Claußnitzer/Hanke 1979, 56 ff.).

Diese Beispiele, die für andere EG-Länder beliebig erweitert werden könnten (Axt 1978, 174 ff.; Zeh 1977, 50 ff.), zeigen, daß der Nationalstaat in der Stahlkrise eine doppelte Funktion übernimmt: einerseits versucht er, durch die Unterstützung der Kapitalrestrukturierung das heimische Industriepotential wettbewerbsfähig zu halten, andererseits bemüht er sich, durch den sozialen und regionalen Flankenschutz das politische Widerstandspotential, das dieser Teilvernichtungsprozeß von Kapital auslöst, zu kanalisieren.

Die Stahlpolitik, die die Europäische Gemeinschaft von 1975 bis 1979 sukzessive entwickelt hat, ordnet sich in diese Restrukturierungspolitik ein und übernimmt dabei zugleich einen besonderen Part. Mit ihren Haushaltsmitteln unterstützt die EGKS zum einen in kleinerem Maßstab die dargestellte Politik der Nationalstaaten, indem sie den Stahlkonzernen Anpassungsbeihilfen und Forschungsbeihilfen zuteil werden läßt und sich auch an den sozialen und regionalen Maßnahmen der einzelnen EG-Staaten beteiligt (EG-Kommission 1979, 55), zum anderen hat sie aber seit 1975 nach und nach auf der Grundlage ihrer supranationalen Kompetenzen eine interne und externe Marktregulierungspolitik entwickelt, die die Veränderungstendenzen in der Weltarbeitsteilung auf dem Stahlmarkt sowohl EG-intern als auch EG-extern abdämmt und insofern den besonders bedrohten nationalen Stahlbranchen eine Schonzeit für den Restrukturierungsprozeß verschafft.

Im EGKS-Vertrag sind dem supranationalen Exekutivorgan, der Hohen Behörde, sehr weitgehende supranationale Kompetenzen übertragen worden. So gibt der

Vertrag der Hohen Behörde im Falle einer „offensichtlichen Krise“ etwa die Kompetenz, Produktionsquoten (Artikel 58) und Mindestpreise (Artikel 61) festzusetzen. Darüberhinaus kann die Hohe Behörde Einfuhrbeschränkungen (Artikel 74) verfügen, wenn die Importkonkurrenz Dumpingpraktiken anwendet oder schwerwiegende Nachteile für die Produktion der Gemeinschaft mit sich bringt. Im Verlaufe der Stahlkrise seit 1975 hat die EG-Kommission, das Nachfolgeorgan der Hohen Behörde, von den ihr nach Artikel 61 und Artikel 74 zustehenden Instrumenten schrittweise Gebrauch gemacht, Artikel 58 dagegen wurde nicht angewendet. Im einzelnen lassen sich in der EG-Stahlpolitik drei Phasen unterscheiden (RWI-Konjunkturberichte 4/1978, 71 ff.):

1. Die Einführung globaler Orientierungsdaten für die Stahlproduktion mit Hilfe von Vorausschätzungsprogrammen von 1975 bis 1976;
2. die Einleitung erster Lenkungs- und Kontrollmaßnahmen in der Preis- und Einfuhrpolitik (Mindestpreise für Betonstahl, Orientierungspreise für mehrere Walzstahlerzeugnisse, Einfuhrlicenzen für zahlreiche Stahlerzeugnisse), die von detaillierteren Empfehlungen für die Stahlproduktion (Liefermengen) flankiert werden (1977);
3. Der Ausbau des Lenkungs- und Kontrollinstrumentariums durch die Ausdehnung der Mindestpreispolitik auf Stabstahl und Warmbreitband, die Einführung von Basispreisen für Stahlimporte und den Abschluß von bilateralen Handelsabkommen mit den wichtigsten Stahllieferanten der EG (1978 und 1979).

Zu Phase 1:

Von 1975 bis Ende 1976 beschränkt die EG-Kommission ihre Krisenpolitik auf die Vorgabe globaler Orientierungsdaten für die Stahlproduktion. Das bisher jährlich erstellte Vorausschätzungsprogramm für den Stahlbereich wird Mitte 1975 auf einen vierteljährlichen Turnus umgestellt. Die Kommission erwartet, daß die Stahlkonzerne auf der Basis detaillierterer Informationen über die Entwicklung von Produktion und Verbrauch ihre Umstrukturierungsprogramme verbessern können.

In dieser Phase bringt zwar die französische Stahlindustrie Forderungen zur Anwendung von Produktionsquoten, Mindestpreisen und Einfuhrbeschränkungen vor, diese scheitern allerdings insbesondere am Widerstand der BRD. Während sich die französische Stahlindustrie, die zu Beginn der Krise noch technologische Rückstände aufweist, durch derartige EG-Marktregulierungen vor der überlegenen Konkurrenz schützen will, setzt die BRD-Stahlindustrie angesichts ihrer mittleren Wettbewerbsposition *noch* voll auf die „regulierenden Kräfte“ des Marktes. Bei dieser unterschiedlichen Haltung der französischen und der bundesrepublikanischen Stahlindustrie und tendenziell auch der beiden nationalen Staatsapparate ist ferner zu berücksichtigen, daß die Wirtschaft beider Länder von divergierenden außenwirtschaftlichen und staatsinterventionistischen Traditionen geprägt ist. Während sich in der Bundesrepublik Deutschland von Beginn an eine liberale Außenwirtschaftspolitik und das Modell der „sozialen“ Marktwirtschaft durchsetzte, dominierte in Frankreich außenwirtschaftlich bis Ende der 50er Jahre ein ausgeprägter Protektionismus und „ordnungspolitisch“ bis in die jüngste Zeit das Modell der „Wirtschaftsprogram-

mierung“. Trotz dieser Traditionsdifferenzen darf aber, was die Außenwirtschaftspolitik angeht, nicht übersehen werden, daß mittlerweile beide Länder (nicht nur die BRD) über hohe und tendenziell zunehmende Exportquoten verfügen und insofern der Protektionismus für die BRD und Frankreich wegen drohender Retorsionsmaßnahmen der Weltmarktkonkurrenzen nur im Falle akuter Bedrohungen einzelner Branchen oder der Gesamtwirtschaft zur Diskussion steht. Da sowohl das Instrument der Mindestpreise als auch erst recht der Produktionsquoten notwendigerweise außenwirtschaftliche Abschirmungsmaßnahmen (Basispreise und Importkontingente) nach sich ziehen muß, waren für beide Staaten noch 1975 und 1976 die Alternativkosten dieser Politik zu groß. Ausmaß und Dauer der Krise waren für die Staatsapparate nicht abschätzbar und insofern auch dem französischen Staat der Preis für den Schutz des eigenen Stahlsektors, nämlich das Anheizen protektionistischer Tendenzen im Welthandel, zu hoch. Erst die Fortdauer der Stahlkrise, die Verschlechterung der außenwirtschaftlichen Position der Stahlindustrie Frankreichs und der BRD und die im Weltmaßstab zunehmende Tendenz zum Protektionismus schaffen die Voraussetzungen für einen Positionswandel beider Staaten. Die tendenziell stärkere antiprotektionistische Haltung der BRD wird dabei in dem Maße brüchiger wie die außenwirtschaftliche Lage der westdeutschen Stahlindustrie sich verschlechtert.

Zu Phase 2:

Das Jahr 1976 bringt für die EG-Stahlindustrie nur eine leichte Erholung gegenüber dem Jahr 1975. Die Kapazitätsauslastung der Rohstahlproduktion steigt nur um 2 Punkte von 66 % auf 68 % an. Im Außenhandel mit Stahlerzeugnissen verschlechtert sich die Position der BRD und Frankreichs drastisch: Der BRD-Exportüberschuß sinkt von 1974 18 Mio t und 1975 9.9 Mio t auf 1976 5.5 Mio t und Frankreichs Nettoposition wird 1976 mit minus 0.2 Mio t gegenüber Überschüssen von 2.3 und 2.4 Mio t in den Jahren 1974 und 1975 defizitär (vgl. Tabelle 5). In dieser Situation verabschiedet die EG-Kommission am 24. November 1976 einen Krisenplan („Gemeinsame Stahlpolitik“), in dem sie einerseits unter Zugrundelegung der vierteljährlichen Vorausschätzungsprogramme die Festlegung von unternehmens- oder unternehmensgruppenspezifischen freiwilligen Produktionsmengen vorsieht und andererseits im Falle des Scheiterns dieser Mengenbegrenzungspolitik Maßnahmen gegenüber Drittländern sowie die Einführung von Mindestpreisen andeutet (EG-Bull. 11/76, 15 ff.).

Die befristete freiwillige Produktionsmengenbeschränkung tritt am 1. Januar 1977 in Kraft (EG-ABL C 304, 24. 12. 76; EG-Bull. 1/77, 2.1.10.) und wird von nun an permanent verlängert. Die Kommission erhofft sich von dieser Maßnahme eine Verbesserung der Gewinnsituation der Stahlindustrie, die die finanzielle Grundlage für den Restrukturierungsprozeß verbessern soll.

Im Frühjahr 1977 schließlich vollzieht sich im Bereich der Preis- und Einfuhrpolitik der Durchbruch zu konkreten Kontroll- und Lenkungsmaßnahmen. Auf der Grundlage der Kommissionsleitlinien für die Stahlpolitik (EG-Bull. 3/77, 29 f.) verabschiedet der Europäische Rat auf seiner Rom-Tagung am 25./26. März eine Erklä-

rung „über die Lage in der Stahlindustrie“, in der es unter anderem heißt:

„Der Europäische Rat hat auf der Grundlage einer Mitteilung der Kommission die Lage im Stahlsektor geprüft. Dieser befindet sich in einer Depression, die ernster ist als jemals seit Bestehen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Die Staats- bzw. Regierungschefs haben bei dieser Gelegenheit ihren Willen bekräftigt, durch geeignete Maßnahmen die Lebensfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Eisen- und Stahlindustrie wiederherzustellen, die für die Erhaltung eines eigenen europäischen Industriepotentials unerlässlich sind.“ (EG-Bull. 3/77, 2.1.18)

Die Kommission bereitet daraufhin im April einen Maßnahmenkatalog vor (Davignon-Plan), der die Einführung von Mindestpreisen für Betonstahl und von Orientierungspreisen für eine Reihe von Walzstahlerzeugnissen beinhaltet. Zur Regulierung der Einfuhr sind automatisch zu erteilende Einfuhrlizenzen für zahlreiche Stahlerzeugnisse aus Drittländern sowie Antidumpingzölle vorgesehen (EG-Bull. 4/77, 29 ff.). Dieser Maßnahmenkatalog tritt im Mai 1977 in Kraft (EG-ABL L 114, 5.5.77). Die Mindestpreise für Betonstahl werden damit begründet, daß der Preisverfall auf diesem Markt größer sei als bei den übrigen Walzstahlerzeugnissen. Die freiwilligen Liefermengen der Produzenten seien auf dem Betonstahlmarkt am wenigsten eingehalten worden (EG-ABL L 114, 5.5.77).

Insgesamt setzt sich also im Jahre 1977 auf der Grundlage verschlechterter Wettbewerbsbedingungen der Europäischen Stahlindustrie auf dem Weltmarkt die Tendenz zur protektionistischen Politik der EG schleichend durch. Dabei dürfen nicht nur die automatisch zu erteilenden Einfuhrlizenzen und die Androhung von Antidumpingzöllen als Mittel dieser Politik angesehen werden, auch die Mindestpreise und die weniger verbindlichen Orientierungspreise sind als Schutzmaßnahmen vor überlegener Konkurrenz, und zwar EG-interner Konkurrenz, zu betrachten. Dies wird insbesondere deutlich, wenn man untersucht, weshalb gerade für Betonstahl ein Mindestpreis eingeführt worden ist. Die italienischen Stahlproduzenten konnten ihren bereits 1974 mit 37 % hohen EG-Marktanteil in der Betonstahlproduktion bis 1977 auf 52 % steigern (SAEG 1978, 65), während ihnen bei den gesamten Walzstahlerzeugnissen „nur“ eine Steigerung von 16 auf 20 % gelang. Insbesondere die Bresciani, kleine italienische Stahlproduzenten um Brescia, konnten auf der Basis des Elektrostahlverfahrens und eines niedrigen Lirakurses die Tonne Betonstahl um ca. 100 DM billiger anbieten als etwa die deutsche Konkurrenz (SZ Nr. 172, 29./30.7.1978). Der Mindestpreis für Betonstahl schützt in dieser Situation die schwächeren Konkurrenten der italienischen Stahlwerke z.B. in Frankreich und in der BRD. Die Marktregulierungsmaßnahmen der EG-Kommission deuten also nicht nur Schutzbestrebungen der EG-Stahlindustrie gegenüber der überlegenen Konkurrenz aus Drittländern an, sie sind auch als Damm gegen die wettbewerbsfähigere italienische Stahlindustrie im Inneren der EG zu begreifen. Diese Regulierungspolitik gegen die arbeitsteiligen Wirkungen der Außenhandelskonkurrenz im Stahlsektor wird in der dritten Phase 1978 und 1979 vertieft.

Zu Phase 3:

Die Lage nicht nur der EG-Stahlindustrie, sondern auch der Stahlindustrie aller ka-

pitalistischen Länder verschlechtert sich im Jahre 1977 erneut. Die Rohstahlproduktion der Neuner-EG, der USA und Japan sinkt gegenüber 1976. In der EG liegt die Kapazitätsauslastung jetzt bei 63 %. In den „alten“ kapitalistischen Industrieländern, vor allem den USA und der EG, fördert diese Entwicklung die Protektionismustendenz ungemein. Angesichts des wachsenden Mißverhältnisses zwischen Produktion und Nachfrage spitzt sich der Kampf um die Weltmarktanteile zu. Die US-Stahlindustrie startet eine Großoffensive gegen die wachsende Importkonkurrenz (8), woraufhin die Carter-Administration ein Mindestpreissystem (Trigger-Preis-System) für Stahleinfuhren einführt, das von einer massiven Anwendung der Antidumpinggesetze flankiert wird (EG-Bull. 11/77, 1.3.5.; SZ Nr. 288, 4. 10. 78).

In dieser Situation verschärft auch die EG ihre außenwirtschaftlichen Abschirmungsmaßnahmen gegenüber der überlegeneren Importkonkurrenz auf dem Stahlmarkt (EG-Bull. 12/77, 6ff.). Zum 1. 1. 1978 führt sie „gemäß den Dumpingbestimmungen des GATT“ für die Stahlimporte Grundpreise ein, „die unter Bezugnahme auf die niedrigsten Herstellungskosten in dem ausführenden Land, in dem normale Wettbewerbsbedingungen herrschen, repräsentativ sind“ (EG-Bull. 12/77, 1.1.2.). Importe, deren Preise unterhalb dieser Marge liegen, werden mit Ausgleichsabgaben belegt. Gleichzeitig bietet die EG den wichtigsten Stahllieferanten Verhandlungen über Handelsabkommen an, die einerseits der Aufrechterhaltung der „herkömmlichen Handelsströme“ (sprich: Festschreibung der Marktanteile auf dem EG-Stahlmarkt) und andererseits der „Preisdziplinvereinbarung“ (sprich: Angleichung der Importpreise an das Preissystem in der EG) dienen sollen. Um diesem „Angebot“ Nachdruck zu verleihen, beginnt die EG 1978 mit einer rigorosen Antidumpingpolitik (9). Der für die Industriepolitik zuständige EG-Kommissar Davignon erklärt am 26. Januar 1978 vor dem Beratenden Ausschuß der EGKS: „Auf dem Stahlsektor verfolgen wir mit unserer Politik das Ziel, der Gemeinschaftsindustrie einerseits die ihren Binnenmarkt und ihren Exportmöglichkeiten entsprechende Dimension und andererseits die dazu nötige Wettbewerbsfähigkeit wiederzugeben und so die Arbeitsplätze in der Stahlindustrie zu erhalten und die sichere Versorgung der verarbeitenden Industrie zu gewährleisten. Um dies zu erreichen, setzt Europa z.Z. alle ihm zu Gebote stehenden Mittel ein, und dieser koordinierte Einsatz erscheint jedem Beobachter in der Tat bemerkenswert. Zu dieser Stunde werden in Brüssel, in Tokio und in Washington mit rund 20 Ländern zähe Verhandlungen über bilaterale Vereinbarungen geführt, die dem gemeinschaftlichen Stahlmarkt die Atempause geben sollen, die er zu seiner Neustrukturierung benötigt.“ (EG-Bull. 1/78, 2.3.32.)

Dieser massive Druck auf die Konkurrenten hat Erfolg: Ende 1978 haben die 15 wichtigsten Stahllieferanten der EG derartige Abkommen mit der Gemeinschaft abgeschlossen, diese repräsentieren 80 % der EG-Stahleinfuhren (EG-Kommission 1979, Ziff. 453).

Auch nach innen intensiviert die EG-Kommission ihre Regulierungspolitik. In das Mindestpreissystem werden ab 1. 1. 1978 neben Betonstahl jetzt auch Stabstahl und Warmbreitband einbezogen. Wie beim Betonstahl konnten die italienischen Stahlwerke auch beim Stabstahl und beim Warmbreitband ihre Marktanteile in der EG überdurchschnittlich steigern: Ihr Anteil an der Stabstahlproduktion der Neu-

ner-EG stieg von 1974 18 % auf 1977 25 % und ihr Warmbreitbandanteil von 18 % auf 22 % (SAEG 1978, 65). Um dieses Preissystem erfolgreich zu exekutieren, verpflichtet die Kommission die Stahllieferanten ab 1978 Konformitätsbescheinigungen auszustellen, auf denen die Übereinstimmung ihrer Preise mit den Mindestpreisen bescheinigt wird (EG-ABL L 352, 1 und 11, 31. 12. 77). Im Laufe des Jahres 1978 und 1979 leitet die Kommission gegen mehrere Stahlproduzenten der EG, vor allem italienische Unternehmen, Geldbußverfahren wegen der Verletzung der Mindestpreise ein (EG-Bull. 1/78 bis EG-Bull. 5/79).

Das Mindestpreissystem der EG erfaßt nach diesen Ausweitungsbeschlüssen ca. 30 % der Walzstahlproduktion der EG (SAEG 1978, 64ff.). Gleichzeitig ist die Zahl der unter das Orientierungspreissystem fallenden Walzstahlerzeugnisse soweit ausgedehnt worden, daß mit Beginn des Jahres 1978 fast die gesamte Walzstahlproduktion der Preisregulierungspolitik der EG-Kommission unterworfen ist.

Der besondere Charakter der Stahlkrise seit 1975 hat damit auch eine spezifische Form von Antikrisenpolitik des Staates hervorgerufen. Weil die Krise im EG-Stahlsektor wegen der überlegenen Wettbewerbsposition junger kapitalistischer Länder wesentlich ausgeprägter ist als in anderen Branchen, betreibt der Staat in diesem Bereich eine massivere und zugleich spezifisch akzentuierte Interventionspolitik. Diese orientiert auf eine Kapitalrestrukturierung, die durch Stilllegung veralteter Produktionskapazitäten und Umstellung der verbleibenden Kapazitäten eine Anpassung an das höchste Technologieniveau auf dem Weltmarkt beinhaltet. Eine flankierende Protektionismuspolitik soll gleichzeitig verhindern, daß die überlegenen jungen kapitalistischen Länder auf dem EG-Markt weiter Terrain erobern. Während die einzelnen Nationalstaaten durch Beihilfen und Beteiligungen den Kapitalrestrukturierungsprozeß ihrer Stahlkonzerne fördern, übernimmt die EG-Politik in dieser Strategie vor allem den Part des protektionistischen Flankenschutzes. In der EG-Politik haben sich dabei die Interessen der wettbewerbsmäßig schwächeren Stahlbranchen aus vor allem der BRD, Frankreich und Großbritannien gegenüber den Interessen der überlegeneren italienischen Stahlbranche durchgesetzt, denn die EG-Marktregulierungspolitik dämmt mit ihrer restriktiven Einfuhrpolitik nicht nur die Drittlandkonkurrenz ab, sondern hält mit ihren Mindestpreisen auch die Expansion der italienischen Konzerne im Intra-EG-Konkurrenzkampf zurück. Die Einfuhr- und die Preisregulierungsmaßnahmen der EG sind deshalb letztlich als zwei Varianten des Protektionismus zu interpretieren (10).

Anmerkungen

- 1 Die Beschäftigtenzahlen sanken in den EG-Ländern von Ende 1974 bis Ende 1978 um folgende Prozentsätze und absolute Zahlen: BRD 13 % (30.000), Frankreich 16,5 % (20.000), Italien 0,0 %, Niederlande 15 % (3.800), Großbritannien 15 % (30.000).
- 2 Die Politik der Gewerkschaften in der Stahlkrise wird hier nicht untersucht, weil der Artikel von Claus Leggewie diese Thematik zum Gegenstand hat.
- 3 Die Tendenz zur sinkenden Einkommenselastizität der Stahlnachfrage wird möglicherweise verschärft, wenn sich der Substitutionsprozeß von schweren Stählen durch Leicht-

stähle und von Stahl durch Materialien wie Kunststoff, Aluminium, Beton etc. im Entwicklungsprozeß beschleunigt. Auch hierfür gibt es empirische Befunde bei Wolter, 1974, 135 ff.

- 4 Die technologische Entwicklung in der Rohstahlproduktion verlief über das Bessemer-, Thomas- und Siemens-Martin-Verfahren zum Elektro- und Oxygen-Verfahren. Beim *Bessemer-Verfahren* wird durch den Boden des mit Kieselsäure ausgekleideten Konverters, in dem sich das flüssige Roheisen befindet, Luft geblasen und so die Unreinheit (Kohlenstoff, Silizium u.a.) im Roheisen durch Oxydation verbrannt. Da aber das kiesel-saure Futter des Bessemer-Konverters die Absonderung des Phosphors aus dem Roheisen verhindert, kann bei diesem Verfahren nur phosphorarmes Erz verwendet werden. Das *Thomas-Verfahren* löst dieses Problem, weil der hier mit gebranntem Kalk ausgekleidete Konverter eine basische Schlacke erzeugt, die die Abscheidung des zu Phosphorsäure verbrennenden Phosphors ermöglicht. Durch die Oxydation des Phosphors wird hier zudem die Verbrennungshitze erhöht. Für die phosphathaltige lothringische Eisenerze verwendende französische Stahlindustrie war die Entdeckung dieses Verfahrens im Jahre 1878 ein revolutionärer Durchbruch. Im *Siemens-Martin-Verfahren* wird durch die Wiedergewinnung der Abgashitze im Wärmespeicher eine erheblich höhere Hitze im Flammofen erzeugt, die den kombinierten Einsatz von Roheisen und Stahlschrott im Schmelztiegel ermöglicht. Das Futter im Siemens-Martin-Ofen kann je nach Phosphatgehalt des Roheisens basisch oder sauer sein. Der Schrotteinsatz ist bei diesen Verfahren bis auf 80 % des Gesamteinsatzes steigerbar. Der Umwandlungsprozeß des Roheisens braucht zwar im Siemens-Martin-Ofen gegenüber dem Bessemer- und Thomas-Verfahren mehr Zeit, dafür ist aber die Qualität des Siemens-Martin-Stahls besser. Beim *Oxygen-Verfahren* (auch LD-Verfahren; Abwandlungen für phosphatreiches Roheisen: LDAC-, OLP-, Kaldo-Verfahren) wird reiner Sauerstoff mit hoher Geschwindigkeit durch eine Lanze von oben auf das flüssige Roheisen geblasen. Dadurch wird die Wärmewirtschaft entscheidend verbessert und der Einsatz großer Schrottmengen möglich. Die Überlegenheit dieses Verfahrens gegenüber den älteren liegt neben der höheren Stahlqualität in niedrigeren Lohn- und Kapitalkosten je Produkteinheit. Das *Elektro-Verfahren* verwendet als Wärmequelle zum Einschmelzen des Ofeneinsatzes elektrischen Strom. Der Einsatz besteht hauptsächlich aus Schrott, dem nach Bedarf Roheisen zugegeben werden kann. Der Elektroofen erzeugt Stähle besonderer Reinheit und eignet sich deshalb besonders für die Produktion von Edelstählen. Der Strom- und Schrottpreis ist entscheidend für die Rentabilität dieses Verfahrens. Deshalb verwenden Länder, die mit großen Wasserkraftreservoirien billigen elektrischen Strom erzeugen können, in hohem Maße dieses Verfahren (z.B. die Schweiz, Norwegen, Schweden und Italien).
- 5 Gegenüber dem Technologiefaktor spielt der Rohstoff-Faktor (Erz- und Kohlelagerstätten) für die Konkurrenzfähigkeit der Stahlindustrie eine immer geringere Rolle. Die Entwicklung der Transporttechnologien in der See-Schifffahrt haben die Transportkosten so stark herabgesetzt, daß auch Länder ohne Erz- und Kohlelager an ihrer Küste durchaus konkurrenzfähige Stahlwerke aufbauen können. Ein hervorragendes Beispiel für ein Land, das trotz fehlender Rohstoffbasis eine dynamische Stahlindustrie entwickeln konnte, ist Japan. Vgl. dazu Wolter 1974, 19 ff. und 88 ff.
- 6 Einen technologischen Rückstand verzeichnet Frankreich weiterhin in der Produktionsstufe zwischen Rohstahlproduktion und Walzstraße. Das Strangußverfahren, das die alte Blockstraße ersetzt, erreichte 1974 in Frankreich einen Anteil an der Rohstahlproduktion von 10 %, in der BRD und Italien von 19 % und in Großbritannien von 5 %. Bis 1978 erhöhte sich diese Relation in Frankreich auf 27 %, in der BRD auf 38 %, in Italien auf 41 % und Großbritannien auf 15 %. Errechnet nach SAEG 1978, 56.
- 7 Die von Heinz-Jürgen Axt (1978, 166 ff.) durchgeführte Stahlaußenhandelsanalyse basiert auf unzureichendem Material. Sie bezieht sich nur auf den Handel mit EGKS-Stahlerzeugnissen und unterschlägt damit ca. 30 bis 40 % des gesamten EG-Stahlaußenhandels. Für den gesamten Stahlaußenhandel der EG liegt leider keine Differenzierung nach Binnenhandel und Drittlandhandel vor, so daß die Stahlaußenhandelsstrukturen der EG-

- Länder mit den Daten aus Tab. 5 nur global analysiert werden können.
- 8 Die Stahleinfuhr der USA stieg von 1973 bis 1978 um 40 % an, SZ, Nr. 57, 9. 3. 79.
 - 9 Im Handelspolitik-Abschnitt der EG-Bulletins des Jahres 1978 wird laufend vom Stand der Anti-Dumping-Verfahren und der zweiseitigen Verhandlungen mit den Stahllieferanten der EG berichtet.
 - 10 Im Jahre 1979 hat sich die Konkurrenzlage auf dem EG-Stahlmarkt stark verändert. Durch die gestiegenen Schrottpreise haben die italienischen Stahlunternehmen vor allem im Baustahlbereich ihre Preisvorteile verloren. Die EG-Kommission erwägt deshalb, die Mindestpreise für Betonstahl und für Stabstahl aufzuheben, also den EG-internen Protektionismus abzubauen. Vgl. Handelsblatt nr. 178, 15./16. 9. 1979, sowie „Die Zeit“ Nr. 40, 28. 8. 79.

Literatur

- Altwater/Hoffmann/Semmler, Vom Wirtschaftswunder zur Wirtschaftskrise, Berlin 1979
 Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (EG-ABL), herausgegeben von der EG-Kommission, diverse Nummern aus der Serie C und L
 Axt, Heinz-Jürgen, Stahlkrise und westeuropäische Integration. Die Krise – Hemmnis oder Triebkraft der Verflechtung? in: PVS 2/78
 Bulletin der Europäischen Gemeinschaften (EG-Bull.), herausgegeben von der EG-Kommission, diverse Nummern der Jahre 1976 bis 1979
 Busch, Klaus, Die Krise der Europäischen Gemeinschaft, Ffm und Köln 1978
 Claußnizer/Hanke, Die Stahlkrise in Frankreich, in: IPW-Berichte 5/1979
 EG-Kommission, Zwölfter Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel 1979
 Esser/Fach/Gierszewski/Väth, Krisenregulierung – Mechanismen und Voraussetzungen. Am Fall der saarländischen Stahlindustrie, in: Leviathan 1/1979
 RWI-Konjunkturberichte 4/1978
 SAEG, Jahrbuch Eisen und Stahl 1978, Brüssel 1978
 SAEG, Vierteljahresheft Eisen und Stahl, 2/79, Brüssel 1979
 Süddeutsche Zeitung (SZ), diverse Nummern der Jahre 1978 und 1979
 Wolter, Frank, Strukturelle Anpassungsprobleme der westdeutschen Stahlindustrie, Tübingen 1974
 Zeh, Arthur, Die Krise der Stahlindustrie in den kapitalistischen Ländern, in: IPW-Berichte 7/1977

In der Prokla erschien:

Klaus Busch, Die Europäische Gemeinschaft in der Krise, in: Prokla Nr. 30 (1978)